

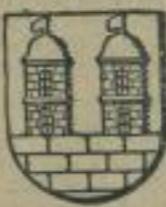
Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Poßschektono Leipzig 25614

Geschichte täglich mit Nachrichten der Sozial- und Zeitungszeitungen 5 Mrk für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftshändlern monatlich 100 Mrk, durch andere Wilsdrucker zu entrichten in der Stadt monatlich 5 Mrk, auf dem Lande 25 Mrk, durch die Post bezogen vierzehntäglich 15,75 Mrk mit Postversandpreise. Alle Postanstalten und Postbüros sowie unser Wilsdrucker und Gutsbüro nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder ähnlicher Betriebsstörungen hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abmilderung des Bezugspreises.



Johanniskirche 12. Sie ist die 6-geschossige Kirche über deren Raum, Räumen, die 2 Spalten Kapellen 2-30 Mrk. Bei Bezeichnung und Jahreszeit entsprechender Dienststellen. Dienststellen im entfremdeten Zeit nur von Zeitungen. Die Katholische Kirche 2-30. Nachwuchs-Postbote 20 Mrk. Abonnementpreise für Vermittlung 10 Mrk. Für die Mitglieder der durch General vereinigten Deutschen Christen Union eine Garantie. Sehr Nebenkosten erhält nicht, wenn der Vertrag durch Briefe eingezogen werden muss oder der Wilsdrucker in Wilsdruff gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrates zu Wilsdruff, des Forstamtes Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenleiter: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Nr. 155.

Mittwoch den 6. Juli 1921.

80. Jahrgang.

Bei uns sind eingegangen vom
Sächsischen Gesetzblatt das 9. und 10. Stück vom Jahre 1921,
vom Reichs-Gesetzblatt Nr. 52 bis 59 vom Jahre 1921.

Diese Eingänge, deren Inhalt aus dem Anschlage in dem Hausschlur des Verwaltungsgebäudes ersichtlich ist, liegen 14 Tage lang in der hiesigen Ratskanzlei zu jedermann's Einsicht aus.

Wilsdruff, am 4. Juli 1921.

Der Stadtrat.

Vom 7. bis 23. Juli sollen die Schornsteine im hiesigen Stadtbezirk gereinigt werden
Wilsdruff, am 4. Juli 1921.

469

Der Stadtrat.

Die städtischen Kollegen haben beschlossen, den Wasserzins ab 1. Juli 1921 auf 1 Mrk.
für das Jahr zu erhöhen.
Wilsdruff, am 4. Juli 1921.

469

Der Stadtrat.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Alte Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichspräsident erließ einen Befehl, in dem er zu reicher Mitarbeit am oberösterreichischen Hilfswerk auffordert.

* Reichskanzler Birnbach hielt bei einer Berliner Kundgebung für Oberschlesien eine Ansprache.

* Deutschösterreich, Tirol sowie die deutschen Kolonien in der ganzen Welt beschwören Oberschlesien-Hilfszüge oder Sammlungen zu unterstützen.

* Das deutsche Reppenlusttischl Bodensee, das Italien zugutehielt, ist in Rom eingetroffen.

* Der französische Meisterbauer Harpenier wurde von dem Amerikaner Dempsey geschlagen.

* Die japanische Regierung hat mitgeteilt, daß sie eine Verpflichtung deutscher Eigentums in Japan auf Grund des Versailler Friedens keinesfalls beabsichtige.

Hinweis immer und immer wieder erinnern, daß es für Deutschland ganz unmittelbar ist, seine Reparationsleistungen zu erfüllen und die dazu notwendige Verbesserung und Festigung der inneren Lage vorzubereiten, wenn nicht endlich einmal die blutende Wunde in Oberschlesien von denen wieder geheilte wird, die sie geschlagen haben? Man kann wohl versichern, daß ein Kanzler, der eine solche Politik der Nachgiebigkeit selbst in Momenten empfiehlt, in denen das Volk von seinem berühmten Führer Börsig erwartet, an denen es sich innerlich aufrichten kann, in Paris und London sehr angenehm ist.

Was aber wird das deutsche Volk selbst dazu sagen, in dem trostloser Not und Demütigungen die Ideale der nationalen Einheit, die auch der Kanzler Birnbach in seiner Rede als das einzige Erbe aus einer großen Vergangenheit bezeichnete, noch lebendig sind? Wird man nicht die Empfindung haben, daß durch eine derartige Politik der Resignation eine gewisse Gleichgültigkeit hervergerufen werden muß, während wir doch gerade um unserer bedrängten Lage willen eine in höchstem Maße aktive Politik treiben müssen? Unsere Politik bedeutet keineswegs Drohungen und Sanktionen, wohl aber Zusammenfassungen aller wirtschaftlichen und aller moralischen Kräfte und vor allem geistiges Auspielen dieser nationalen Werte bei den diplomatischen Verhandlungen mit der Gegenseite. Im Innern aber ist dazu notwendig, daß von führender Stelle aus dem Volke klar gemacht wird, mit welchen Ansichten und mit welchen Mitteln wir an die weitere Verbesserung unserer Lebensrechte herantreten können. Je größer die Marke ist, die darüber besteht, um so größer wird die Entschlossenheit in allen Kreisen sein, das Auferstehen anzustreben, um am großen Werke der nationalen Wiedererweckung mitzuwirken.

Es bedarf keines Hinweises darauf, daß jede leichtsinnige Verbesserung, die zu unbefonnenden Taten antreiben möchte, das Gegenteil erreichen würde und uns selbstverständlich nur tiefer ins Elend brächte. Eine Warnung davor ist aber angebracht der Diplomaten, die der oberösterreichische Selbstschutz unter der Führung General Doebers an den Tag gelegt hat, vollkommen überflüssig. Hat doch der sozialdemokratische Bauer in seiner erwähnten Ansprache dem oberösterreichischen Selbstschutz den heißen Dank des Vaterlandes ausgesprochen. Auf diesen Ton mußte der Kanzler eingehen, wenn er die Ohren und die Herzen seiner Hörer gewinnen wollte. Durch "Engelsgeduld" allein wird die blutende Wunde in Oberschlesien niemals geheilt werden.

Die deutschen Zahlungen.

Befall der 26 prozentigen Ausfuhrabgabe

Die Garantiekommision veröffentlicht ein amtliches

Commissum, in dem im wesentlichen festgelegt wird:

1. daß der Tarif der Ausfuhr im Sinne des Londoner Zahlungstatuts genau schreibt werden müsse. Dabei habe sie gleichzeitig auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die mit der Verwendung der Ausfuhrabgabe als Indiz für die nicht schriftlichen Jahreszahlungen verbunden sind. Diese beiden Einwendungen habe die Garantiekommision an die dafür zuständige Revisionstafel weitergeleitet;

2. daß die Verwendung der Zollnahmen zur Sicherstellung der deutschen Zahlungen die Zollpolitik ungünstig beeinflussen könnte. Die Garantiekommision habe Mittel angegeben, um dem abzuholen, im übrigen auf den jetzt geltenden Anordnungen bestanden;

3. daß die 26 prozentige Ausfuhrabgabe wegfallen. Die Garantiekommision hat sich aber das Recht vorbehalten, auch diese Bestimmung aufzukräuseln, wenn die nötigen Devisen auf andere Weise nicht zu beschaffen seien. Die deutsche Regierung habe diejenigen Hilfsquellen angegeben, die nach ihrer Meinung an die Stelle der im Londoner Abkommen vorgesehenen zu treten hätten, wovon die Garantiekommision unter Vorbehalt der oben mitgeteilten Stellungnahme Kenntnis genommen habe. Bei dieser Gelegenheit habe die Kommision die deutsche Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß das ganze System der deutschen Zahlungen auf einer gewissen

Festigkeit des Marktes

beruhe und daß diese wiederum vor allem das Gleiche gilt des Budgets und dementsprechend die nötigen Finanzreformen voraussetzt. Endlich habe die Garantiekommision ausdrücklich, auf welche Weise sie sich Gewißheit über die Richtigkeit der deutschen Ausfuhr-, Zoll- und Steuerstatistik zu verschaffen gedenke.

Was kommenden Zug hinzu, was das Jahr vom 1. Mai 1921 bis zum 1. Mai 1922 anlangt, so seien die deutschen Zahlungsverpflichtungen zum größten Teil durch die schon bezahlte eine Milliarde Goldmark, durch Naturalleistungen und das Ergebnis der Ausfuhrabgabe gedeckt, so daß die deutsche Regierung wahrscheinlich nicht mehr als für 300 Millionen Goldmark ausländische Devisen werde zu erwerben haben. Dabei werde vorausgesetzt, daß die deutschen Statisten mit den Tatsachen übereinstimmen.

Die Auflösung in Frankreich

Auf diesem Commissum geht klar hervor, daß man jetzt auch bei der Entente einzuhören beginnt, daß das System der rücksichtslosen Forderungen nicht nur auf die deutsche Wirtschaft vernichtend wirken muß, sondern auch für die Entente selbst recht unsichere Folgen haben kann. Man wird auch drüben erst durch Schaden füllig, so oft auch erst langsam schon von deutscher Seite darauf hingewiesen worden ist, daß es nicht angeht, jemandem unerhörte Obligationen aufzuerlegen und ihm gleichzeitig die Mittel zur Erfüllung der übernommenen Leistungen zu zerstreuen. Der heutige Markttag würde alle noch so schönen Kombinationen restlos über den Haufen werfen und man breite sich daher drüben, die drohende Katastrophe im letzten Augenblick durch eine schleunige Korrektur der überseitlichen Beschlüsse abzuwenden. Selbstverständlich verfügt man auch diesmal, alles Unangenehme auf die deutsche Schulter abzuwälzen. So schreibt der "Tempo" zu dieser Angelegenheit u. a.:

„Auf dem Tage, an dem die Mark noch weiter in das Ausland fliehen soll, würde die Menge der Papiermark, die die deutsche Regierung von ihren Steuerzahldern fordern müsse, in Ungewissheit zwischen, b. d. mit andern Worten, die Leistungen der Steuern würden für Deutschland weiterhin und das ganze gegenwärtige System der Wiederauflösung zusammenbrechen. Man glaubt allerdings, daß der Sturz der Mark, der sich in den letzten Tagen bemerkbar gemacht hat, nicht allein von den Debitentausfällen der deutschen Regierung herrührt, sondern daß sich eine ungeheure Spekulation von deutscher Seite eingemischt hat. Aus diesem Grunde habe die deutsche Regierung sich seitens, mitzuteilen, daß Deutschland bis zum 1. Mai 1922 nur noch 300 Millionen Goldmark zu zahlen habe. Auf diese Weise sollte man die weitere Entwicklung des deutschen Geldes aufhalten.“

Protest gegen die polnische Amnestie.

Polnische Ortswehren

Gegen die Amnestie für die oberösterreichischen Ausländer haben in letzter Stunde noch die vereinigten deutschen Parteien und die Gewerkschaften einen Protest eingerichtet. Es wird darin betont, daß die sogenannten Amnestien die Polen geradezu zu einem neuen Aufstand antreiben würden. Zum mindesten sollten folgende Personen nicht unter die Amnestie fallen dürfen:

1. Der bisherige Plebisitkommissar Morawski und die Mitglieder des Volksaufstandes.

2. Die Kommandanten von Formationen der Ausländer, die Orts- und Kreiskommandanten, auf deren Weisung und unter deren Verantwortung Verbrechen und Vergehen verübt worden sind.

3. Die Vorsitzenden und Weihherren der Kirchenräte der Ausländer, die nur rücksichtliche Gewalt über Leib und Leben der friedlichen Bevölkerung sowohl alle dienenden Personen, die widerrechtlich sich öffentliche Ämter angemessen haben.

4. Alle Teilnehmer des Aufstandes, die am 3. Mai 1921 Beamte der Internationalen Kommission gewesen sind, insbesondere die Kreisbeamten und die Beamten der Polizei Oberösterreichs und Spezialpolizei.

5. Alle dienenden Personen ohne Unterschied der Rasse, nationale, die Verbrechen und Vergehen gegen das Leben und das Eigentum begangen haben.

Während der deutsche Selbstschutz ehrlich abbaut, arbeiten die Polen mit gewohnter Hinterhältigkeit. Die Einrichtung der polnischen Ortswehren wird mit aller Macht fortgesetzt und darf als neuerdings abgeschlossen gelten. Die Mitglieder sind zwar nicht offiziell mit Waffen und Handgranaten bewaffnet, verfügen aber über eine genügende Menge anderer Waffen und ausreichender Munition. Kraftwagen mit Munition und Waffen sind häufig unter polnischer Begleitung nach dem Süden des Abstimmungsgebietes abgegangen. Wie immer wieder versichert wird, werden große Waffenbestände in den Wäldern der Kreise Rybnik und Wieliczka vergraben, um beim Ausbruch des nächsten polnischen Aufstandes bei der Hand zu sein.

In Tarnow wird eine britische Quartiermeister einzetroffen, die für eine demokratisch eintreffende große englische Truppenabteilung Unterkunft vorbereitet.

Solnische Taten.

Im Königshütte hielten die Insurgenten nach wie wie vor Befanzen an. Kürzlich nahmen sie alle fest, die grüne oder keine Legitimation hatten. Auf Verfügung des Kreiskontrollors wurden die festgenommenen, etwa 60 später wieder freigelassen.

Aus Vogtshütte wird gemeldet: Während einer Feierlichkeit gerieten beim Tanz in einem Lokal langezeitliche Insurgenten mit einem Trupp oberösterreichischer Insurgenten in Streit. Die Oberösterreicher zeigten von außen mit einem Maschinengewehr in den Tanzsaal hinein. Die Langzeitpolen hielten zehn Tote, elf verwundete. Der Führer der Angreifer, einer der Kommandanten von Beuthen, wurde festgenommen und über die Grenze geschafft.

Der Elendbahnhof in Oberschlesien ist im ganzen Industriegebiet bis Katowitz wieder aufgenommen worden. Auch Tage verfehlten bereits wieder bis Katowitz. Die Züge werden sehr stark benutzt. Doch wagt sich die deutsche Bevölkerung infolge des Amnestielasses und mangels polizeilichen Schutzes noch nicht aus das Nachbarland zurück.

Der O.-Ang. Katowic-Breslau mußte auf Station Rensdorf wieder umfahren, da er bei Summin von Insurgenten beschossen wurde.

Der aus Polen gehörige Leiter der oberösterreichischen Schmalspurbahn Bezinssell ist unter Minnahme bereitgestellter Lohn Geld abgereist. Da insgesamt die Zahlung der Züge nicht stattfinden konnte, haben die Angestellten der Schmalspurbahn in Koßberg die Arbeit niedergelegt.

In mehreren Orten des Kreises Katowitz ist harter Mangel an Brotmehl eingetreten. Am Samstag wurde vieler nur die Hälfte der früheren Mehlmengen ausgegeben. Ein Brot kostet 40 Pfennig.

Friede mit Amerika.

Die Amerikaner verlassen das Rheinland.

Präsident Harding hat nun mehr die Resolution über die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland und Deutschösterreich unterzeichnet. Sofort nach Annahme der Friedensresolution durch den Senat war ein besonderer Vertreter der amerikanischen Regierung nach Tarrytown gereist, wo Präsident Harding sich aufhielt, um ihm den Senatsbeschluss zu überbringen, der dort vom Präsidenten sofort unterzeichnet wurde. Die formelle Friedensproklamation wird nun in einigen Tagen erlassen werden. Durch sie wird der Kriegsgesetzgebung, z. B. dem Gesetz über den Handel mit dem Feinde und dem Gesetz über die Freiheitseinrichtungen, ein Ende gemacht werden. Danach werden die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen und es wird über einen Handelsvertrag verhandelt werden.

Auch der Rückzug der amerikanischen Besatzungsarmeen am Rhein wird nun mehr erfolgen. Da keine Aussicht besteht, daß Amerika den Friedensvertrag von Versailles ratifiziert, läuft sie auch nach amerikanischer Auffassung ein weiteres Verbleiben der amerikanischen Truppen im Rheinland nicht mehr rechtfertigen. Die amerikanischen Truppen am Rhein waren, infolge des hohen Kurses des Dollars, das teuerste Belastungsscheer, das Deutschland zu bezahlen hat. Insofern bedeutet die Auffassung der Amerikaner und ihre Erziehung durch die billigeren Franzosen eine wesentliche finanzielle Erleichterung für uns. Die Bevölkerung des Koblenzer Distrikts dagegen wird von dem Tausch wenig erfreut sein, da sie mit den Amerikanern, die sich nicht ins Zwischen einmischt, befriedigend auskommt, während sich die Franzosen überall als schikane "Sieger" aufstellen.

Angloamerikanische Zusammenarbeit.

Aus Anlaß des amerikanischen Nationalfestes veröffentlicht Präsident Harding einen Beitrag in den "Times", in dem es heißt:

Bei der Entwicklung der Kivilisation und der stets zunehmenden Verbreitung des Rechtsstaates als Grundlage der Freiheit haben die beiden englisch sprechenden Völker eine Rolle von unermöglichem Wichtigkeit gespielt. Die glänzenden Erfolge in der Vergangenheit sollen und müssen eine Ermutigung zur Fortsetzung der Anstrengungen bilden. Das gemeins-

same Wirken für das Beste kann indessen nur zu voller Geltung kommen, wenn eine gemeinsame Verbündigung vorhanden ist, und zwar nicht nur für nationale Hoffnungen und Zonen, sondern auch für nationale Propaganda und nationale Schwierigkeiten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Angestelltenversicherung im Reichstage.

Die Fraktionen der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei haben im Reichstage einen Gesetzentwurf als Zusatzbeitrag eingebracht, der die dringendsten Forderungen zur Gesunderhaltung der Finanzen der Angestelltenversicherung erfüllt und eine geordnete Sicherstellung angemessener Versorgung der Privatangestellten für den Fall des Alters und der Invalidität, sowie für den Fall des Todes den hinterbliebenen gewährleisten soll.

Forderungen der Industrie.

Auf der Hauptversammlung des Gesamtverbandes der Deutschen Werkzeugindustrie forderte der Geschäftsführer vom Reichsverband der Deutschen Industrie Dr. Höffner, Berlin, daß durch eine allmähliche Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote freie Wahr für eine neue Zoll- und Handelspolitik geschaffen werde. Weitere Forderungen der Industrie seien Steigerung der Erzeugung, Besserung der Qualität und Herabsetzung der Erzeugungskosten, die auf soziopolitischem Gebiet als die drei großen Fragen der Arbeitsstift, der Arbeitsaufwand und des Arbeitslohns erfaßt seien. Dr. Höffner von der Kartellschule des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Berlin lehnte die Konzernbildung als Unterbindung des freien Unternehmergeistes ab. In einer Entschließung erbot der Gesamtverband gegen das Weiterbestehen der Sanktionen, namentlich der Rheinzolllinie, schärfsten Widerspruch.

Rußland.

× Krassins Verhandlungen. Nach einer Meldung der "Morning Post" soll Krassin dieser Tage ein Verhandlungsangebot gemacht haben zwecks Abschluß eines Handelsabkommen zwischen Frankreich und Rußland. Die französische Regierung soll diese Vorschläge entschlossen zurückgewiesen haben. Krassin soll erklärt haben, daß die Sowjetunion eine ganze Reihe von Ermächtigungen des kommunistischen Regimes ins Auge gesehen, die ein Abkommen mit Rußland für Frankreich vorausnehmen annehmbar machen. "Morning Post" fügt bei, daß Krassin an Lord George die Forderung auf Annahme einer solchen Friedenspolitischen Regierung gestellt habe als Ausgleich für neue Zugeständnisse an die bürgerliche Bevölkerung in Rußland.

× Russland gegen Griechenland und Japan. Die "Morning Post" meldet aus Revel, die Sowjetregierung habe die Beihaltung aller griechischen und japanischen Interessen in Sowjetrussland angeordnet mit Ausnahme der Mitglieder der kommunistischen Partei. Dieser Schritt der Sowjetregierung bedeute, daß sie das Bestreben eines Friedens zu Ende zwischen Rußland einerseits und Griechenland und Japan andererseits anerkenne.

Japan.

× Japanischer Bericht. Die japanische Regierung hat dem deutschen Auswärtigen Amt davon Mitteilung gemacht, daß sie auch für den Fall, daß Deutschland vorzeitig seine Verpflichtungen nicht nachkomme, nicht beabsichtige, das Eigenium deutscher Staatsangehöriger mit Gewalt zu belegen. Dieser Bericht bezieht sich auf alle deutschen Güter, die sich in Japan oder in den von ihm verwalteten Gebieten befinden und schlecht ausdrücklich auskennen sowie Waren, die sich an Bord japanischer Schiffe befinden oder in Konsignation nach Japan gesandt worden sind, ein.

× Eine japanische Stiftung. In Tokio übergab Professor Itozawa namens 500 japanischer Ärzte, die ihre Studien in Deutschland gemacht haben, dem deutschen Botschafter 490 000 Mark, die als Stiftung für die medizinischen Fakultäten deutscher Universitäten bestimmt wurden.

Deutscher Reichstag.

(130. Sitzung.)

CB. Berlin, 4. Juli.

Auf die an der Spitze der Tagesordnung stehende Interpellation der bürgerlichen Parteien wegen der Regelung des Zoll- und Handelswesens im Handwerk wurde seitens der Regierung erwidert, daß die Beantwortung innerhalb der geognannten Frist geschehen werde. Darauf wurde eine Reihe kleinerer Vorlagen teils den Ausschüssen überwiesen, teils ohne Erörterung erledigt. Ferner wurde der Staatsvertrag, betreffend den Übergang der Wasserstraßen auf das Reich in zweiter Lesung genehmigt. Dann kam man zu dem Nachtragshaushalt des Reichswehrministeriums.

Die Verhandlungen begannen bei dem Titel Marine. Abg. Kuhnt (L. Soz.) wandte sich gegen die Rechte, die bestrebt sei, immer neue Mittel der Marine zu verwenden, obwohl sie selbst diese Marine als erdnahmlich bezeichnet habe. Dazu kommt, daß der tatsächliche Bedarf der Marine nur 13 Millionen beträgt, aber würden 102 Millionen gesondert. Der Redner fragte, ob die Entlastung Niels von jeder Marinagarnitur etwas politische Gründe habe, und fragt weiter, wann im Haushalt für die Marinoffiziere 34 Reisepferde vorgesehen seien. Habe Deutschland etwa eine reizende Gebiete marine? Mit demselben Recht könnten die Schweizerfrauen das Reichstags für sich Reisepferde beanspruchen. Wie steht es ferner mit der Abrechnung des Ballon-Abschusses?

Zum Schluß fragte der Redner, wie es mit dem Getrieben sei, den Admiral Scheer habe, der mit der Errichtung von mehreren Marinemarschäften im Jahre 1917 einen Zulissmord begangen habe. Auerkell wären die Alten jetzt nicht mehr vorhanden.

Hierzu wurde eine Anzahl von Girolttiteln genehmigt. Beim Titel Sanitätswesen bemängelte der Abg. Dr. Moes (L. Soz.) die zu große Zahl der Arzte und Sanitätsmannschaften, die in merkwürdigem Gegensatz zu der Fürsorge für die breiten Massen seien.

Reichswehrminister Gehler erwähnte, daß Vosten seien vom Reichsfinanzministerium geprüft. Im übrigen verzog der Vorredner, daß auch die zusammengehörige der Mannschaften der örtlichen Flügelreiter unterstanden. — Der Rest des Nachtragshaushalts wurde angenommen. Nun folgte der Haushalt des Auswärtigen Amtes.

Franz Abg. Wurmb (L. Soz.) bekämpfte die Herausgabe von Reichsmitteln für die Zentrale für Heimatdienst.

Abg. Dr. Cremer (D. Soz.) schilderte die Tätigkeit dieser Zentrale und wies nach, daß von den 35 000 Mitgliedern allein 27 000 zur Sozialdemokratischen Partei gehören.

Abg. Dr. Hamm (Deutschland) erinnerte daran, daß seine Partei schon lange den Kampf gegen jene Stellen führt, zu denen auch die Zentrale für Heimatdienst gehört.

Abg. Soltmann (D. Soz.) verteidigte die Reichszentrale. Von Korruption könne dort gar keine Rede sein.

Der Ausdruck beantragte eine Entschließung, die Reichszentrale derart umzugestalten, daß sie einen parlamentarischen Rat erhält und in diesem Rat alle Gruppen vertreten sein sollen. Die Abg. Cremer (D. Soz.) und Hamm (Deutschland) beantragten, die Reichszentrale zum 1. Oktober zu schließen. Die Abstimmung wurde bestagt. Darauf wurde der Nachtragshaushalt des Reichstages ohne Ausstriche definitiv genehmigt. Werner wurde das Altenreingergeley in dritter Beratung ohne Ausdrücke angenommen. Nun folgte die zweite Beratung des Fernsprechgebührenstetzes.

In seinem Ausdrucksbericht erklärte der Abg. Albeck (Centr.), die Verwaltung habe zugesagt, daß mit der Gebühren erhöhung auch eine wesentliche Verbesserung des Fernsprechbetriebes verbunden sein soll. Darauf wurde das Gesetz in zweiter und dritter Lesung ohne weitere Verhandlungen angenommen. Es folgte die zweite Beratung des Wehrmachtsversorgungsgesetzes. Die Verhandlungen über diese Vorlage nahmen mehr Zeit in Anspruch als die Behandlung der übrigen Angelegenheiten.

"Es ist Lüge!" widersprach sie bestig, alle Vorsicht vergessend, „das liegt Erich nicht."

Triumphierend leuchtete es in seinen wasserblauen Augen auf. Jetzt hatte sie sich selbst verraten. Glühend rot war sie geworden, sie blieb sich auf die Lippen, und schwieg streifte ihn ihr Blick. Doch flug überhöhte er diejenigen unvorstellbaren Einwürfe. Jetzt hielt er seinen Vorteil wahrnehmen! Seine Eifersucht war also auf den richtigen Wege gewesen...

„Gnädiges Fräulein, ich verstehe Sie ganz gut. Herrscher Berger ist wohl ein Mann, dem ein Mädchenherz entgegenliegen mög. Er ist ein schöner Mann, ein geistvoller Mann. Das läßt schon eine niedrige Stellung übersehen. An seiner Seite würde jedes Mädchen die Richtigkeit des Dichterwortes erprobten können. Raum ist in der kleinsten Hütte für ein glühend liebend Paar!“ Voller Zorn war seine Stimme. „Ich kann es ganz gut begreifen.“

„Aber ich nicht!“ stieß Dutta hervor.

„Sie haben den Beweis vom Gegenteil gegeben. Ich wollte Ihnen schon meine unternötigsten Glückwünsche zur Verlobung darüberbringen — Ihnen und Ihren Eltern.“

Dutta beobachtete auf Aufregung. Wie war das nur möglich, daß sie so streng gehütetes Geheimnis doch offenbar geworben war? Wenn das die Eltern erfahren! Der sonst so gütige Vater könnte unfähig in seinem Zorn sein. Sie lächelte triumphhaft auf.

„Das ist ja alles Wahnsinn, was Sie da sagen, Herr von Hellwig! Da muß ich lachen — ich denke, Sie kennen mich doch.“

Allerdings, Fräulein Dutta! Und deshalb auch schwie es mir ganz unmöglich, daß das schöne und stolze Fräulein von Eggert sich mit einem so lämmlichen Dasein begnügen würde, an der Seite eines Mannes, der gesellschaftlich und an Bildung so tief unter ihr steht. Ihre Jugend und Schönheit würde bald verblühen, im Kampf ums Dasein schon weilen! Ein trauriges Los für ein Leben, das nur zu einem glänzenden Leben geschaffen ist. Das habe ich mir immer von neuem als Ihre eigene Meinung vorgehalten, und doch —“

„Wer sagt Ihnen denn, daß ich aufgehört habe, so zu denken?“ fragte sie mit zuckenden Lippen.

Er hob die Schultern. „Die nun, die Liebe ändert jeden Menschen! Und der Herr Oberförster ist außerdem dem Förster Berger sehr geneigt. Das läßt sogar die Läderlichkeit einer solchen Verbindung ertragen.“

Sie fuhr bei seinen Worten zusammen; auf ihrem Antlitz kam und ging die Farbe; stürmisch hob sich ihre Brust. Eine tiefe Falte stand zwischen den feinen Augenbrauen. Sie schien nachzudenken.

Und er wählte seine Worte so vorsichtig: jedes davon mußte dieses verwöhnte Mädchen in seiner Eitelkeit tödlich verletzen! Er kannte die Frauen...

Mag auch die Liebe weinen...

40] Roman von G. Lehne.

Copyright 1913 by Greiner & Comp., Berlin W 30.

Ein Schaudern überließ sie. Nein, daran durfte sie nicht denken. Sie wollte die Gegenwart genießen! Und nie waren ihre Käufe leidenschaftlicher, heiter, als nach solchen Erwägungen, wenn sie den Geliebten dann in seiner ernsten, männlichen Schönheit sah. Es war, als ob sie sich dann an ihn flammern wollte — an das kurze Glück, das ihr durch seine Liebe ward.

Der leuchtige Geburtstag des Rittergutsbesitzers Hellwig sollte festlich begangen werden. Der Leutnant war schon zwei Tage vorher gekommen. Dutta traf ihn auf dem Postamt im Dorf, wohin sie gerade war, ein Telegramm aufzugeben. Nach kurzer Begrüßung wollte sie wieder weiter; sie hoffte, Erich zu sehen, um wenigstens einen kurzen Gruß mit ihm auszutauschen — jetzt, in diesen Tagen mußte man doppelt vorsichtig sein. Der Leutnant war ja immer hinter ihr her.

Einen Augenblick, gnädiges Fräulein! Warum so eilig? Mit Ihrer guten Erlaubnis möchte ich Sie begleiten.

Sehr liebenswürdig, doch ich habe wenig Zeit, Herr von Hellwig.

„Ah, ich kann mir denken,“ er lächelte boshaft. „Nun denn: viel Vergnügen!“

Was können Sie sich denken, Herr Leutnant?“ Dutta wollte ihr Rad besteigen, doch sie hielt inne, nahm den Fuß vom Pedal und sah ihn fragend an.

„Einen Augenblick, gnädiges Fräulein! Dann werde ich Ihnen die Erläuterung zu meinen Worten geben —“

Und sie blieb wütlich, was sie sonst nie getan hätte — aus einem unbestimmten, ängstlichen Gefühl heraus. Er hatte sie gar so förmlich überlegen und hinterhältig angegriffen. Nur beeilte er sich auch gar nicht — ließ sie sogar ein wenig warten.

Das drohte sie in Born; sie schwang sich auf ihr Rad.

„Adieu, Herr von Hellwig!“ rief sie, im Begriff, davonzufahren.

Er trat in die niedrige Tür des Postamts.

„All Heil, gnädiges Fräulein — und besten Gruß an Herrn Förster Berger!“ sagte er halblaut, mit scharfer Betonung, so daß sie ihn verstehen mußte.

Der Herzschlag setzte ihr aus — was wußte er? — einem inneren Zwange geborrend, sprang sie ab und wartete auf ihn. Langsam kam er ihr nach.

„Was wollen Sie denn? Was habe ich mit Förster Berger zu schaffen?“ grölte sie und fühlte zu ihrem Schrecken, wie ihr das Blut heiß ins Gesicht stieg.

„O, das müssen Sie selbst am besten wissen! Ich wage

nicht, mich in Ihre innersten Geheimnisse zu drängen und in die des läudigen Herrn Försterlers,“ entgegnete er mit boshafter Betonung.

Ihr Herz versagte; sie konnte nicht aufbrausen, wie sie sonst so leicht getan. Sie senkte den Blick vor seinem überlegenen Lächeln, und sie ließ es geschehen, daß er die Hand auf die Länge ihres Rades legte und es über den kleinen Graben führte, der hinter den Häusern sich hinog. Auf dem schmalen Wiesenweg waren sie ungestört und unbelauscht — und wurden doch von allen Seiten im Dorf gesehen...

„Was wollen Sie mir? Wohin führen Sie mich? Mama wartet.“ sagte sie unwillig.

„Ich will Sie nur bitten, gnädiges Fräulein, in Ihrem eigenen Interesse etwas vorsichtiger zu sein. Ich meine es gut mit Ihnen.“

Er sprach langsam, mit Betonung; es war ihm ein törichtliches Vergnügen, ihre nur mühsam beherrschte Ungebildung zu leben.

„Wenn Sie weiter in Rödeln sprechen, wird mir das langweilig, Herr von Hellwig.“

„Sollten Sie mich wirklich nicht verstehen?“

„Nein!“ rief sie ungehalten, „und ich habe auch keine Lust, Ihre Rätsel zu lösen. So viel Geist besitzt ich gar nicht.“

„Dann muß ich mich allerdings etwas deutlicher ausdrücken. Also — Ihre offensichtliche Vorliebe für den Förster Förster Berger ist allgemein bekannt.“

„Wer sagt das?“ Sie war sehr erregt, das Blut stieg ihr ins Gesicht. Er zuckte die Achseln und sein läuernder Blick zeigte ihm, daß er auf dem richtigen Wege war, daß sein Verdacht sich bestätigte. Ihre Unsicherheit verriet sie, es war für ihr ein Leichtes, alles zu erraten.

Dostmutter fuhr er fort:

„Wer das sagt? Sie wissen doch selbst, wie Gerüchte entstehen — das ganze Dorf ist voll davon! Der Herr Förster

Nach langen Verhandlungen, bei denen verschiedene Anträge abgelehnt wurden, u. a. ein Antrag der Kommunisten, der die Reichswirtschaftsgebäuden unter die Gewerkschaftsunterstützung fallen lassen wollte, wurde die Vorlage im großen und ganzen nach den Ausführungen angenommen. Die Sitzung zog sich noch lange hin.

Letzte Drahtberichte des "Wilsdruffer Tagesschau".

Der neue italienische Außenminister.

Rom, 5. Juli. (nu.) Der neue Staatsminister für auswärtige Angelegenheiten Marchese della Torretta ist ein aus alter Adelsfamilie stammender Sizilianer von 46 Jahren. Er ist ein gründlicher Kenner ganz Ost-Europas. 10 Jahre lang war er Botschafter in Petersburg und war auch noch Friedensschlicht für diesen Krieg wieder vorgelesen, den er dann aber wegen der Revolution nicht übernehmen konnte. Als früherer Münchner Gesandter kennt er auch Deutschland. Der außenpolitische Kurs der neuen Regierung wird durch eine höhere Adria-Politik und die Durchsetzung einer Volksabstimmung in Montenegro charakteristisch. Das dürfte auch auf die allgemeine Europa-Politik zurückwirken, obwohl das offizielle Programm wohl kaum Änderungen erfordert dürfte.

Englands Angst um Indien.

Paris, 5. Juli. (nu.) Die englische Presse veröffentlichte Aussagen aus einem bolschewistischen Dokument, das an alle Führer des Sowjets verteilt wurde. Aus diesem Schriftstück geht ein großes russisches Komplott hervor, das zum Ziel hat, Indien anzugreifen. Es heißt darin, daß große Vorbereitungen in Türen und Fenstern getroffen wurden, um den Plan zur Ausführung zu bringen. Staline, der Vollsommittar für Orientangelegenheiten, befindet sich gegenwärtig in Roboul in Afghanistan, wo ein russische Division abgesetzt und eine Befestigung errichtet werde.

Baku in Flammen.

Rotterdam, 5. Juli. (nu.) Wie aus Moskau gemeldet wird, steht Baku in Flammen. Ein Teil der Stadt und verschiedene Docks sind vernichtet.

Arbeitsaufnahme der englischen Bergarbeiter.

London, 5. Juli. (nu.) Die Berichte aus den Bergwerksbezirken melden, daß die Bergarbeiter im allgemeinen die Arbeit wieder angenommen haben, obgleich nur eine beschränkte Anzahl an die Arbeit gehen konnte, wegen des schlechten Zustandes der Bergwerke. Die Bergarbeiter verbohnen sind ganz geschlossen, einige davon werden wahrscheinlich nicht wieder erneut werben.

Aus Stadt und Land.

Illustrationen für diese Nummer seien wir unserer Nachbarer dankbar.

Wilsdruff, am 5. Juli.

— Neue Erörterungen der sächsischen Regierung über die Dienstzeit der Beamten. Die Erörterungen über die Regelung festgelegter Arbeitsstunden der sächsischen Beamten und der Umstand, daß die Beamten-Organisationen sich die Einwände des bisherigen Justizministers Dr. Hartwich gegen die schematische Festlegung der Beamten-Dienstzeit zu eigen gemacht hatte, haben, wie von unternichteter Seite mitgeteilt wurde, die sächsische Regierung veranlaßt, die Frage der endgültigen Regelung der Beamten-Dienstzeit noch einmal erneut aufzurufen.

— Politik und Landespolizei. Der Unabhängige Minister Lipinski hat unter dem 16. Juni 1921 für die sächsische Schutzpolizei eine Verordnung erlassen, die die Frage der parteipolitischen Betätigung der Polizeitruppen regeln soll. Danach bleibt den Angehörigen der Schutzpolizei das Recht der freien Meinungsäußerung unangestossen. Sie sollen nach Artikel 118 der Reichsverfassung das Recht haben, in Versammlungen, auf Kongressen usw. Meinungen innerhalb der Organisation zu sprechen, allerdings mit der Grenze, daß durch die Anträge und Besprechungen nicht eine Gesährdung der unumgänglich notwendigen Disziplin entsteht.

— Kreismeisterschaft. Vergangenen Sonntag fand in Weinböhla das Kreisfest der ev.-luth. Jungmännervereine des Kreises Meißen statt. Im Laufe des Tages wurden verschiedene Wettkämpfe in Faustball ausgetragen, in welchen die 1. Faustballmannschaft des ev.-luth. Jungmännervereins zu Wilsdruff die Kreismeisterschaft errang.

— Preisträger. Aus den Wettkämpfen hörte Schüler Dresdens, die aus Weltturnen am Rad, Barren und Pferd, im 100-Meter-Lauf, Weitsprung und Kugelstoßen bestanden, ging ein ehemaliger Wilsdruffer Schüler, Herr Seminarist Fritz Leonhardt, erfolgreich hervor. Ihm wurde einer der ersten Preise zugestrichen.

— Einem musikalischen Genie verspricht der von der diesjährigen Stadtkapelle für Donnerstagabend angesehene Wagner- und Strauß-Abschluß, an dem als Solist (Viola) Herr Musiklehrer Jenzer-Dresden mitwirkt. (Vgl. S. 1.)

— Die angekündigte zweite Sonderverteilung von 2 Pfund Einmachzucker geschieht in der Zeit vom 4. bis 20. Juli 1921. Die Ausgabe erfolgt nur auf den auf der Stammliste befindlichen Buchstabendurchmesser „A“ der Normalzuckerliste, Reihe 21. Verbraucher, die an Stelle von Normalzuckerarten aus irgendwelchen Gründen Ergänzungszuckerarten erhalten haben, müssen bei deren Ausgabe zur Erlangung dieser Sonderzuwendung einen neuen Antrag auf Erteilung von Ergänzungszuckerarten stellen. Sie erhalten daraufhin 2 Ergänzungszuckerarten, die, wie vorgedruckt, mit je 1 Pfund beliefert werden und beide mit dem Vermerk der Laufzeit vom 4. bis 20. Juli 1921 versehen sein müssen. Bezugslistungen und A-Zuckerarten sind von der Einmachzuckerlieferant ausgeschlossen. Der auf die Normalzuckerart zur Ausgabe gelangende Zucker darf nur bei dem Kleinbäcker entnommen werden, bei welchem die Zuckerarten zur Anmeldung gelangt ist. Ansprüche auf besondere Zuckerarten bestehen nicht. Der Wert der Normalzuckerart Reihe 21 erhöht sich durch diese Sonderzuwendung auf 9 Pfund.

— Stand der Maul- und Klauenseuche. Nach dem Bericht des Landesgesundheitsamtes über den Stand von Viehseuchen in Sachsen am 30. Juni war die Seuche über 32 Gemeinden und 108 Gebiete verbreitet, während es am 15. Juni 43 Gemeinden und 108 Gebiete waren.

— Die Landeskonferenz der SPÖ für die Einigung mit der USPD. Auf der Landeskonferenz der sächsischen Mehrheitssozialdemokraten in Leipzig wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: Die Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei Sachsen erkläre im Einheitsstaat, der nach den Grundsätzen der Sozialdemokratie aufzubauen den deutschen Republik die Staatsform, durch die die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete bis ans Äußerste gesteigert werden kann und die in ihren Wirkungen dem gesamten Volke unbedenklich zugute kommen soll. Die Einigung beider sozialistischer Parteien zum Ultimatum und die Solidarität von Großkapital und Reaktion bei der Abmilderung der Lasten auf die Schultern des arbeitenden Volkes zwingt auch

die Arbeiterschaft zur Herstellung einer starken politischen Einheitsfront. Die gemeinschaftliche Regierungsarbeit beider sozialdemokratischen Parteien in Sachsen hat bewiesen, daß die theoretischen und sachlichen Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen keineswegs mehr so groß sind, daß sie ein dauerndes Hindernis der Wiedervereinigung beider Parteien bilden könnten. Die Landeskongregation befand deshalb den festen Willen, die von beiden sozialdemokratischen Parteien gebildete Regierung zu halten und ihre Arbeit mit allen Kräften zu fördern und schlägt deshalb vor, nichts untersucht zu lassen, um nicht nur im Landtag, sondern auch in den Gemeindeparlamenten Arbeitsgemeinschaften zu schaffen mit dem Ziel einer späteren organisatorischen Wiedervereinigung.

— 29. Jahresversammlung des Sächsischen Verlehrerverbandes. Der Sächsische Verlehrerverband hielt in Verbindung mit der Feier seines 25jährigen Bestehens seine diesjährige Jahresversammlung in Kötzschenbroda bei Dresden ab. Bei der Behandlung der Elternabnahmen wurde von Seiten des Vorstandes gegen die Errichtung einer zweiten Generaldirektion in Sachsen geprägt. Bezüglich der 4. Wagenklassen hat die Generaldirektion Dresden versprochen, daß der Mangel an solchen Wagen durch einen weitgehenden Neubau bald beseitigt sein würde. Um die Frage des Vorortverkehrs entpuppte sich eine lebhafte Debatte. Der Vertreter von Schwarzenberg forderte günstigere und billigere Bedingungen für den Arbeiternahverkehr, vom Meissener Vertreter wurde der Wunsch auf Ausgestaltung und Verbilligung des Sonntagsverkehrs zur Geltung gebracht. In einer Entschließung weist der Verband das Reichsverkehrsministerium auf die Ungleichheit im Vorortverkehr von Berlin und Hamburg und den ländlichen Großstädten andererseits hin und fordert gleiche Behandlung aller Großstädte Deutschlands. Dann wurde lebhaft Klage geführt über schlechte Anschlußverbindungen, insbesondere in Leipzig. Ein anwesender Vertreter der Eisenbahngeneraldirektion legte Abstimmung der Mitglieder zum 1. Oktober zu. Bezuglich der bevorstehenden Erhöhung der Fernsprechgebühren wurde in einer Entschließung an den Reichstag gefordert, die einzige Gebühr nicht über 20 Pf. festzuhalten. Der Anschluß Westsachsens an das Wasserstraßennetz des Reichs soll mit allen Mitteln gesichert werden. Dann folgten Erörterungen über den Grenzverkehr, dabei wurde von Dresdner Seite vorgebracht, daß 8–9000 deutschnordischen Turner die Einreisegehnigung zum Sächsischen Kreisturnfest in Dresden von der tschechoslowakischen Regierung verweigert worden sei. Zum nächsten Tagessport für 1922 wurde Leipzig gewählt, für 1923 Görlitz und 1924 Augustusburg bestimmt.

— Deutsche Bauernhochschule. Gelegenheit der Beispiellehrgänge der Deutschen Bauernhochschule von 16. bis 20. Juli in Hellerau werden im Anschluß an die geplanten Veranstaltungen täglich nachmittags von 5 bis 6 und von 7 bis 8 Uhr öffentliche Vorträge abgehalten. Röderes darüber ist zu erfahren durch das Arbeitsamt der Deutschen Bauernhochschule in Dresden-Hellerau.

— Die deutsch-schlesischen Verhandlungen in Aussig wegen Abtreitung deutscher Elbtannage an die Tschecho-Slowakei sind am Sonntag unterbrochen worden und werden Mitte dieses Monats fortgesetzt werden. Beide Parteien sind, wie man aus den Kreisen der deutschen Unterhändler hört, bestrebt, zu einer Einigung zu gelangen. Infolgedessen hat man sich auch darüber verständigt, daß der amerikanische Schiedsrichter nicht schon am 6. d. Ms. seinen Schiedspruch fällen soll, sondern daß seine Entscheidung bis Mitte August verschoben wird.

— Mohorn-Grund. Am Sonnabend feierte das Chorpo Mühlenbesitzer Julius Erler und Gottlieb in Grund das Fest der goldenen Hochzeit. Möge dem betagten Jubelpaar ein gelegentlich und glücklicher Lebensabend beschieden sein.

— Pesterwitz. Hier enttrat in der vorigen Woche der verdeutlichte Bergmann L. mit seinem 12jährigen Sohne nach einem Plauschgericht unter Bergfestscheinungen. Er hatte die Vilse selbst im Wald gesammelt. Am Sonnabend starb er, während der Sohn noch schwer leidend barniederlag. 2. hinterläßt sechs Kinder.

— Leipzig. Am 30. und 31. Juli d. J. findet hier eine Zusammenkunft der Offiziere und Unteroffiziere des Inf.-Regts. 179 statt, die den Zweck hat, ein Wiedersehen der ehemaligen 179er Kameraden herbeizuführen. Anmeldungen sind bis 12. Juli zu richten an K. H. H. H. Leisnig, Chemnitzer Straße 42.

— Waldenburg. Die städtischen Kollegen beschlossen die Errichtung eines Freibades, zu dessen Kosten Stadt Hermsdorf 20000 M. spendete.

— Hobenstein-Ernstthal. Ein außergewöhnlich plötzlicher Gesellschafter verstarb in der vorigen Webdranze. Alle Fabrikanten sind sehr gut mit Aufträgen versehen. Es besteht zurzeit kein Mangel an geübten Fabrik- und Handwebern, was darauf zurückzuführen ist, daß in den letzten Jahren infolge der gebrüderlichen Löbne keine jungen Leute diesen Beruf mehr erlernten. Auerbach. Der 77 Jahre alte Fabrikarbeiter Hermann Kraus aus Gottesberg und der 29 Jahre alte Fabrikarbeiter Adolf Lindner aus Tannenberg führten bei Arbeiten in einem Koblenz des Fabrik Eduard Kassel, A.-G., in Tannenberg in einen Koblenztrichter. Sie wurden von den nachdrücklichen Koblenz verhäutet und fanden den Erstickungs Tod. Beide sind verheiratet.

— Plauen. Eine hier abgehaltene gut besuchte Versammlung der Schönheitsschönlichkeit der Bevölkerung beschäftigte sich mit der Wohnfrage und den zu treffenden Maßnahmen und beschloß mit großer Mehrheit, daß am 9. Juli allen Bürgern und Auftragsfirmen für den 23. Juli zu kündigen sei. Ab 25. Juli sollen alte Maschinen so lange stillstehen, bis von allen Fabrikanten die Tariflödne bewilligt sind. Es wird den Maschinisten empfohlen, Aufträge nur unter Vorbehalt anzunehmen, da bei Eintreten eines Streiks alle Aufträge als aufgehoben zu betrachten seien. Da jedoch, wie aus der Aussprache hervorging, bei der Fabrikantenschaft noch Zwecke der Soziale Gleichheit bestehen soll, den Wünschen der Lohnmaschinendarsteller entgegenzukommen, ist die Möglichkeit gegeben, daß der Streikbefehl, der von weittragender Bedeutung für die heimische Industrie sein würde, nicht zur Ausführung kommt.

Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Meißen

am 29. Juni 1921.

In der heutigen Bezirksausschusssitzung führte Regierungsrat Dr. Falld als Vertreter des beruhenden Amtshauptmanns Dr. Sievert den Vorsitz. Die Tagesordnung umfaßte 60 Punkte, davon entfielen 33 Punkte auf die öffentliche Sitzung. Zunächst machte sich die Wahl eines Mitgliedes und eines Vertreters in den Steuerausschuß des 11. der Gemeinden Badwörishofen, Böhlen, Kettewitz, Kobischütz, Lercha, Neustadt, Platoschitz d. T., Polenz, Reichenbach, Niemtsch, Seeligstadt, Sonig, Taubenheim, Ullendorf und Weitzschen umfassenden Steuerbezirkes des Verwaltungsgerichts Meißen notwendig. Das bisherige Mitglied, Gemeindevorstand Wallrodt in Seeligstadt, mußte sein Amt aus Gesundheitsgründen niederlegen. Sein Vertreter, Gemeindevorstand Lommatsch in Platoschitz, brachte eine Anerkennung vor, die von dem Bezirksausschuß als stichhaltig anerkannt

wurden. An Stelle der Benannten wurden vom Bezirksausschuß einstimmig Gutbesitzer Max Reip in Taubenheim Nr. 26/27 als Mitglied und Gutbesitzer Otto Dietrich in Seeligstadt als Vertreter gewählt.

Nun genehmigte der Bezirksausschuß auf Vorschlag des Regierungsrates Dr. Falld die Geschäftsordnung für den Gemeinderat zu Gardelegen. Die Geschäftsordnung entspricht den Geschäftsordnungen für Gemeinderäte ähnlicher Gemeinden und ist zugleich Ortsregel über die Geschäftlichkeit der Gemeinderäte.

Der Arbeitgeberverband Sächsischer Gemeinden zu Dresden hat einen 3. Nachtrag zur Satzung aufgestellt, um das Geschäfts Jahr, das bisher das Kalenderjahr war, neu festzulegen. Das Geschäfts Jahr soll künftig am 1. April beginnen und am 31. März des nächsten Jahres endigen. Der Bezirksausschuß beschloß, die Genehmigung dieses Nachtrages, die der Kreishauptmannschaft zusteht, zu befürworten.

On der Gemeinde Kesselendorf besteht ein Regulat über das Anschlagen öffentlicher Anlündigungen. Die Gebühren für Benutzung der Anschlagslaternen durch Dritte entsprechen nicht mehr den jetzigen Verhältnissen. Die Gemeinde hat deshalb ihre Erhöhung beschlossen und den Beschluss in einem Nachtrag festgelegt. Der Bezirksausschuß genehmigte einstimmig diesen Nachtrag. Weiter wurden Nachträge zu den Gemeindesteuerordnungen der Gemeinden Brodwill, Gauernitz, Görbitz, Hohndorf, Jelleritz, Klenditz, Schrebitz und Siegenhain über die Erhöhung der Hundesteuer einstimmig und ohne Debatte genehmigt.

Die Gemeinden Eggersdorf, Karcha und Weiterwitz haben beschlossen, zu der durch das Reichsgesetz geänderten Grundsteuersteuer einen Zuladenz von 1,5 bzw. 1 v. H. des Nettovermögens der Grundsteuersteuer zugrunde gelegten Wertes oder Betrages zu erheben, um haben entsprechende Nachträge zu ihren Gemeindesteuerordnungen eingereicht. Der Bezirksausschuß genehmigte diese Nachträge einstimmig.

Das Ministerium des Innern batte Anfang dieses Jahres Musterbestimmungen für Wertzuwachssteuerordnungen veröffentlicht, denen sich die Zuwochssteuerordnungen der Gemeinden anzupassen haben, wenn sie ihre bisherigen Zuwochssteuerordnungen in irgend einer Richtung ändern oder neu aufstellen wollen. Fast jeder Bezirksausschuß hat sich mit Zuwochssteuerordnungen der Gemeinden zu beschäftigen. Heute liegen solche der Gemeinden Gruna und Percha vor. Da sie den Musterbestimmungen entsprechen, wird ihre Genehmigung vom Bezirksausschuß einstimmig befürwortet.

Auf Vorschlag des Referenten, Reg.-Rat Nöhler, werden Grundstücksvergütungen in Loswig, Lautitz, Niederwitz, Niedermühlitz, Pinnewitz und Weinböhla zum Teil unter der Bedingung der Hinzuholung und der Bergleiterbegrenzung genehmigt.

Die Vogtlandwirbler in Meißen haben beim Stadtrat zu Meißen um Erhöhung der Fuhrköhne für Personenzugfahrzeuge nachgefragt. Die letzte Erhöhung ist unter dem 20. August 1919 erfolgt. Da das Regulat für die Personenzugfahrzeuge sich außer auf die Stadt Meißen auch auf die Gemeinden Weißig, Klosterhäsler, Questenberg und den selbständigen Gutsbezirk Siebenlehn beschränkt, erfordert, daß die Amtshauptmannschaft mit dem Bezirksausschuß zu dem vorliegenden 6. Nachtrag zum Regulat, der eine etwa dreifache Erhöhung der jetzigen Tarifhöhe vorsieht, Stellung zu nehmen. Der Bezirksausschuß beschloß, sich der vorliegenden Zustimmung der Stadtverordneten in Meißen anzuschließen und genehmigte auch seinerseits den Nachtrag mit den neuen Tarifzägen.

Zu den vielen Zweigen der Wohltätigkeit der Kriegszeit gehört auch der Gedanke, die heimkehrenden Krieger mit Möbeln und anderem Hausrat zu versorgen. In Sachsen war diese Aufgabe zunächst dem Frankenwald und dann dem Heimatamt übertragen worden. Letzterer verlor, sie auf dem Wege der Darlehenabgabe zu lösen, dasz aber höchstlich die Mittel nicht, die erforderlich waren, um den Ansprüchen gerecht zu werden. Der Heimatamt hat übrigens nur mit Kriegsbeschädigten und deren Hinterbliebenen zu tun und ist schließlich auch für eine laufmännische Beitreibung von Jänen und Raten nicht die geeignete Stelle. In Süddeutschland hat man gute Erfahrungen gemacht. Der Badische Baubund hat z. B. 1919 3180 Kaufverträge auf Hausrat mit über 4 Millionen M. Umsatz, das Schwäbische Bürgerdeim 1919 einen Umsatz von 430000 M. gehabt. Das sächsische Ministerium des Innern ist in der Sache ebenfalls nicht unätig geblieben und hat Anfang Januar d. J. eine Versammlung von Vertretern der Bezirksverbände und der Stadträte des ganzen Landes einberufen. Hier wurde angeregt, den Handel, der gerade in Sachsen bei seiner ausgedehnten und leistungsfähigen Möbelindustrie schon selbst die richtigen Wege finden werde, frei Hand zu lassen und sich an eine bestehende Gesellschaft anzuschließen. Dieser Anschluß ist gefunden worden. Die gemeinnützigen deutschen Hausratwerke in Berlin und München haben sich dem Ministerium gegenüber bereit erklärt, die Veröffnung preiswerten und guten Hausrates auf Abzählung für Sachsen zu übernehmen und haben bereits in Leipzig eine Geschäftsstelle eröffnet. Die Veröffentlichung der sächsischen Industrie ist gewährleistet. Der Staat beteiligt sich an der Gesellschaft mit einer Viertelmillion Mark. Gemeinden und Privatinvestitionen, z. B. Fabriken, sieht die Beteiligung frei. Die Tätigkeit der Gesellschaft wird sich voraussichtlich folgendermaßen abspielen: Der Kauflustige sucht sich heraus, was er braucht, und stellt Antrag auf Überlassung gegen Kaufvertrag zu monatlichen oder wöchentlichen Raten. Die Gesellschaft gibt den Betrag zur Prüfung an die Gemeinde. Der Käufer zahlt ein Drittel der Kaufsumme dar an. Die restlichen Zweidrittel muß er innerhalb zweier Jahre abzahlen. Bei pünktlicher Zahlung hat er keine Zinsen zu zahlen. Auch sonst ist er Entgegenkommen zu erwarten. Für die Zahlung der Raten und für etwaige Ausfälle bürgt die Gemeinde. Abzahlungsgefäße werden daher nur mit Einwohnern solcher Gemeinden abgeschlossen, die mit den Hausratwerken ein Bürgerhaushaltsummen eingeben. Das Schwäbische Bürgerdeim ist auf die Möbelabzugsfrage nicht auf Seiten der Gemeinden, die die Vertrauenswürdigkeit prüfen, bei Bleibeb der Möbel bis zur vollständigen Abzahlung nachlegen und über etwaigen Wohnungswechsel wachen können. Das alles kann der Bezirksverband nicht mit. Der Referent, Direktor Schauß, empfahl als Ergebnis dieser Ausführungen, den Gemeinden des Bezirks die vorliegende Anregung des Ministeriums des Innern mitzuteilen, eine Bürgerhaushaltsumfrage seitens des Bezirks abzulehnen. Der Bezirksausschuß beschloß demgemäß.

Der Ausschuss über Gemeindebildung in Lommatsch hat durch seinen Vorsitzenden Pfarrer Hambrecht in Lommatsch dem Bezirksausschuß die Bitte um Gewährung einer jährlichen Beihilfe vorgelegt. Die Beziehungen bringen es mit sich, daß private Gemeindebeamtenpfleger in geistliche Schwierigkeiten kommen. Doch bis 1920 konnte das Pfarrerinnenhaus in Dresden für Einwendung einer Schwester sich mit einem Zahlgeld von 1100 M. aufzutreden. Heute muß es 1800 M. verlangen, wenn es keine Einnahmen und Ausgaben einigermaßen im Gleichgewicht halten will. Auch alle Krankenversicherungen sind erheblich teurer. Infolgedessen werden allmählich die Krankenpfleger seitens der Gemeinden übernommen werden müssen, wie das bereits vielfach der Fall ist. In Weinböhla z. B. geht die Kirche

